

Das grosse Interview

«Die Isolation einer Schweiz ohne Bilaterale wäre eine Katastrophe»

BERN. Braucht die EU die Schweiz? Wie viele Ausländer verträgt unser Land? Wie geht es weiter ohne Zauberformel? Bundesrätin Doris Leuthard nimmt Stellung im Interview.

Frau Leuthard, die Stimmbürger haben am Wochenende der SVP die kalte Schulter gezeigt. Ein Signal dafür, dass das Volk einen anderen Umgang mit den Ausländern wünscht?

Doris Leuthard: Es war ein Signal, dass man mit der jetzigen Situation zufrieden ist und Ausländer nicht als generelle Bedrohung wahrnimmt. Man hat offenbar das Gefühl, dass die Gemeinden Einbürgerungen mit der gewünschten Zurückhaltung und Seriosität vornehmen. Rechnen Sie nun für die Erweiterung der Personenfreizügigkeit mit besseren Chancen als noch letzte Woche?

Das ist ein anderes Thema. So oder so steht uns ein schwieriger Abstimmungs-

kampf bevor, weil jeder auf dem Arbeitsmarkt davon betroffen ist. Das ist für viele Leute bedrohlich. Angst um Job und Einkommen sind auf dem Sorgenbarometer meist ganz oben – selbst in Zeiten mit nur 2,5 Prozent Arbeitslosigkeit. Da spielen Emotionen hinein. Wir müssen die Leute mit Fakten überzeugen, dass die Beschäftigungslage gut ist – gerade auch dank der Freizügigkeit.

Wie machen Sie einem Bauarbeiter, der um sein Auskommen fürchtet, die baldige Konkurrenz durch billige Rumänen schmackhaft?

Das sind Déjà-vu-Argumente: Bei der EU-15 hiess es, jetzt kommen die billigen Portugiesen, später, jetzt kommen die billigen Polen,

und heute sind es die billigen Rumänen, obwohl bisher niemand das Land überschwemmt hat. Mit dem gemeinsamen Binnenmarkt werden die Lebensstandards der Länder angehoben. Wenn die Personenfreizügigkeit dann greift, dürfte der Wohlstand so angestiegen sein, dass es nicht zu unerwünschter Migration kommt. Seit 2002 sind die Arbeitskosten in Rumänien um 60% gestiegen. Das wird sich fortsetzen. Die Übergangsfristen bis zur Öffnung des Arbeitsmarkts sind lang genug. Vor Lohn-dumping-Konkurrenz schützen uns zudem die flankierenden Massnahmen.

Welchen Sinn macht es, die Fortsetzung und die Erweiterung der Personenfrei-

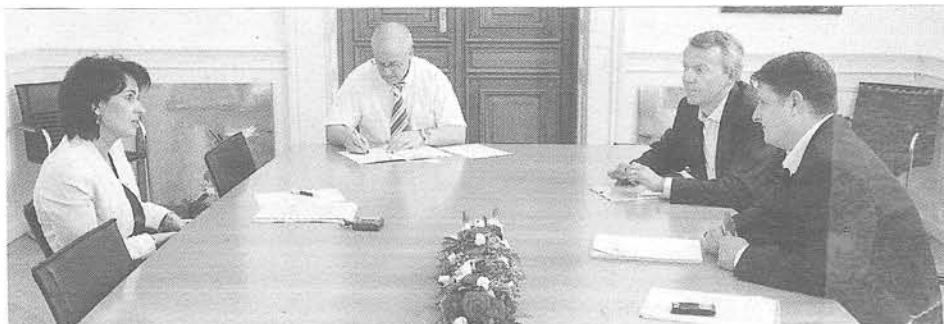
zügigkeit zu trennen, wenn die Wahl ohnehin nur in einem doppelten Ja besteht?

Theoretisch gibt es eine Wahl, zum einen Ja und zum anderen Nein zu sagen, wenn sich das Parlament für zwei Vorlagen entscheidet. De facto geht es aber immer um die gleiche Frage: Sind wir einverstanden, die Personenfreizügigkeit weiterzuführen und sie zu erweitern? Trotzdem halte ich es für besser, zwei Abstimmungen zu machen. Es ist für mich eine politische Frage, keine staatspolitische. Europapolitisch geht es um die Sicherung des bilateralen Wegs.

Die EU sagt, sie akzeptiere kein Nein. Was können wir tun?

Wir können nein sagen,

Wir können nein sagen,



Wirtschaftsministerin Doris Leuthard im Gespräch mit den 20-Minuten-Redaktoren.

müssen aber einfach wissen, dass das Konsequenzen hat. Es wäre unklug, weil mit der Guillotine-Klausel das ganze Vertragspaket der Bilateralen I gekündigt würde. Das hätte für die Schweizer Wirtschaft und damit auch für die Arbeitsplätze verheerende Folgen.

Würde die EU wirklich so weit gehen und sämtliche Vereinbarungen kündigen?

Natürlich kann man darauf spekulieren, dass die Schweiz für die EU wirtschaftlich wichtig genug ist, und sie einen solchen Bruch nicht riskieren würde. Ein solches Risiko schafft aber Unsicherheit, und bereits das ist schädlich für die Wirtschaft.

Ist es ausgeschlossen, dass die EU ein Nein zu Rumänien und Bulgarien akzeptiert?

Würden wir es umgekehrt akzeptieren, wenn Brüssel nicht alle Kantone gleich behandeln würde? Es ist nur ehrlich, wenn der Bundesrat Klartext spricht. Das Volk hat in unserer Demokratie immer die Möglichkeit, nein zu sagen. Meine Aufgabe ist es, den Leuten klarzumachen, dass ein Nein an der Urne gravierende Folgen hätte.

Um das Worst-Case-Szenario zu Ende zu denken: Könnte die Schweiz existieren ohne die Bilateralen?

Die Isolation wäre eine Katastrophe. Man könnte sich sicher bemühen, in andere Märkte zu investieren. Wir würden auch mit den Nachbarländern weiterhin Geschäfte abwickeln, allerdings wieder mit grossen Wettbewerbsnachteilen. Wir würden wirtschaftlich massiv zurückfallen. Schweizer Unternehmen wären im europäischen Wettbewerb chancenlos. Mit China und Indien könnten wir den Verlust der EU niemals wettmachen. Deshalb gäbe es für mich nur ein Szenario für diesen Fall, und das wäre der EU-Beitritt – das wollen aber weder ich noch der Gesamtbundesrat noch die Mehrheit der Bevölkerung.

Nebst den wirtschaftlichen Aspekten gibt es auch die psychologische Ebene: Wie viele Ausländer verträgt die Schweiz?

Die Schweiz hat die Zuwanderer bisher immer recht

gut integriert. Wir können uns vielleicht noch verbessern. Aber gerade Einwanderer aus der EU sind gut qualifiziert und haben eine ähnliche Werthaltung. Da sind oft die Voraussetzungen für die Integration besser als bei Ausländern aus Drittstaaten. Der Arbeitsmarkt setzt die Grenze. Wenn wir genug Arbeit haben, sind wir froh um zusätzliche Arbeitskräfte, und wenn die Arbeit zurückgeht, wird auch die Zuwanderung kleiner. Das scheint mir ein intelligentes Steuerungsinstrument.

Ist denn die Schweiz von der Integrationsleistung her flexibel genug, dieser wirtschaftlichen Kurve immer zu folgen?

Die EU-Bürgerinnen und -Bürger sind grundsätzlich gut integriert. Probleme gibt es eher mit Drittstaaten. Mit

der neuen Ausländerpolitik kann man dem entgegenwirken. Und natürlich braucht es auch von EU-Bürgern Anstrengungen: Man muss wenigstens eine unserer Sprachen lernen, man soll an unserer Gesellschaft teilnehmen, Regeln akzeptieren.

Italien hat massive Probleme mit rumänischen Roma. Können Sie uns sagen, warum dies bei uns nicht der Fall sein wird?

Die Probleme in Italien sind Probleme mit illegalen Immigranten. Der Staat hat lange nichts unternommen. Das ist eine Frage des Vollzugs durch die Polizei. Wenn einer aufgegriffen wird, der keine Aufenthaltsbewilligung hat, muss er ausgewiesen werden. Damit das gut klappt, haben wir auch ein Rückübernahmeabkommen mit Rumänien und Bulgarien.



Welchen Zündstoff birgt die Zuwanderung hochqualifizierter Ausländer? Ist eine Kontingentierung der deutschen Zuwanderung denkbar?

Weder denkbar noch op-



«Die Deutschen können sich besser ausdrücken und sind «pushy».» Fotos: Nicolas Y. Aeubi

portun. Es ist richtig, dass die deutsche Zuwanderung überdurchschnittlich ist. Wir haben zum Beispiel in vielen Spitälern ein Drittel Zugewanderte, weil wir die Nachfrage nicht selber decken können. Ich verstehe, wenn sich die Mitarbeiter in gewissen Branchen fragen, ob es schon wieder einen Deutschen braucht. Gerade an den Universitäten gibt es zu-

nehmend deutsche Professoren.

Ist da die nationale Identität in Gefahr?

Nein! (Lacht) Wir sind ja immer noch die überwiegende Mehrheit. Ich glaube nicht, dass wir uns über die Zuwanderung identifizieren. Die Schweiz hat eine starke und solide Identität. Wir identifizieren uns über unsere Kultur, unsere Geschichte

und unsere Traditionen und nicht über die Quote der Zugewanderten.

In Zürich hört man an gewissen Orten nur noch Hochdeutsch. Das gibt manchmal einen ungesunden Reflex aus dem Bauch und wirft die Frage auf: Gibt es da keinen Schutzmechanismus?

Die Deutschen sind meist gut ausgebildet, können sich besser ausdrücken und sind

«pushy» – das macht schon Eindruck und löst Ängste aus, die ich sehr ernst nehme. Deshalb besteht unsere wichtigste Aufgabe darin, nüchtern festzuhalten, dass wir das zwar verstehen, auf eine gewisse Zuwanderung aber angewiesen sind, wenn wir den Bedarf an Fachkräf-

ten decken wollen. Es gibt schlichtweg zu wenig einheimische Arbeitskräfte in vielen Sektoren.

Arbeiten in der Bundesverwaltung auch vermehrt Personen aus dem EU-Raum?

Nein, eher wenige.
Gaudenz Looser/Marco Boselli

Leuthard über die SVP, die UBS-Krise und die Benzinpreise

Seit Montag existiert die Zauberformel nicht mehr. Ein historischer Moment. Was bedeutet das für Sie?

Ich betrachte beide Kollegen immer noch als Vertreter von Werten der SVP. Deshalb ist das primär ein Problem der SVP. Schwierig könnte es werden, wenn wieder Wahlen

anstehen. Dann müssen sich die Parteien einig werden, wie die stärksten Parteien im Bundesrat vertreten sein sollen. Das geht den Bundesrat als Kollegium nichts an. Wir werden weiterhin mit beiden zusammenarbeiten.

Wenn die UBS Milliarden in den Sand setzt – muss da

auch die Wirtschaftsministerin hilflos zuschauen?

Leider kann ich nichts machen gegen schlechte Manager und zu grosse Risiken. Aber ich hoffe, die Branche hat etwas gelernt.

Wo liegt für Sie die Schallgrenze beim Benzinpreis? Was muss passieren, wenn

sie überschritten wird?

Es gibt keine Schallgrenze. Der Ölpreis trifft alle, und er wird hoch bleiben. Die Reaktion muss sein, entweder intelligentere Fortbewegungsmittel zu wählen, mit neuen Technologien andere Motoren zu entwickeln oder den Preis zu zahlen.